

DIE LINKE: Land muss sich an Härtefallfonds beteiligen!

**Rentner:innen, die wegen ungerechter
Ost-West-Überleitung eine Rente unter 830 Euro
erhalten, könnten einmalig bis 5.000 Euro
bekommen –
wenn Brandenburg einer Stiftung beiträgt.
Achtung! Antrag der Berechtigten erforderlich
bis 30. September 2023.**

Die Bundesregierung hat einen Fonds eingerichtet, um Härtefälle abzumildern, die sich aus Renten-unrecht ergeben. Dies betrifft Menschen, die in der Ost-West-Rentenüberleitung durchs Raster gefallen sind. Dafür hat der Bund für die nächsten drei Jahre eine Stiftung eingerichtet. Die Leistungen der Stiftung richten sich zum Beispiel an Härtefälle in der Ost-West-Rentenüberleitung, die einen erheblichen Teil ihrer Arbeits- und Lebensleistungen in der DDR erbracht haben. Ostrentner:innen können aus diesem Härtefallfonds eine pauschale Einmalzahlung von 2.500 Euro erhalten, wenn sie zum Stichtag am 1. Januar 2021 nur eine Rente unterhalb von 830 Euro erhalten haben. Das ist die Grundsicherungsgrenze. Diese Einmalzahlung ändert zwar nichts am Rentenrecht, das vor allem in der DDR geschiedene Frauen betrifft, deren Ansprüche nicht in das Rentensystem der BRD überführt wurden oder Betriebsrenten aus bestimmten Branchen. Aber es ist ein Schritt in die richtige Richtung und mildert im Einzelfall die Altersarmut etwas ab.

Die Bundesländer haben außerdem die Möglichkeit, der Stiftung bis 31. März 2023 beizutreten, wenn sie einen finanziellen Anteil in Höhe von 50 Prozent einbringen. Würde das Land Brandenburg dieser Stiftung beitreten, würden

Anspruchsberechtigte aus Brandenburg den doppelten Betrag erhalten, also 5.000 Euro statt von 2.500 Euro. Das Land Brandenburg hat sich bisher geweigert, dem Fonds beizutreten. Länder wie Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen sind diesen Schritt bereits gegangen, in Sachsen-Anhalt und Sachsen wird noch debattiert.

DIE LINKE fordert, dass zumindest ein Teil der bei der Rentenüberleitung entstandenen Ungerechtigkeiten für die Ostrentner:innen abgemildert wird. Wir schätzen, dass es etwa 10.000 Anspruchsberechtigte gibt und fordern deshalb die Landesregierung auf, bis zum 31. März der Stiftung beizutreten. Über den Antrag wird in der nächsten Landtagssitzung vom 22. bis 24. März abgestimmt.

Dieser Härtefallfonds kann nur ein erster Schritt sein. Aus ihm muss ein „Gerechtigkeitsfonds“ werden, damit alle vom Renten- und Versorgungsrecht-Ost betroffenen Personen- und Berufsgruppen unabhängig von Bedürftigkeit einen angemessenen Ausgleich erhalten.

Achtung! Aus diesem Härtefallfonds können Betroffene Geld nur auf Antrag erhalten. Der Antrag muss bis zum 30. September 2023 gestellt werden.

Sebastian Walter
Fraktionsvorsitzender
DIE LINKE im Landtag

Sicherer Schulweg für Bernau Petition für Überweg an Börnicker Chaussee

Viele Schüler:innen, die zum Schulcampus am Schönfelder Weg in Bernau gehen, müssen die Börnicker Chaussee überqueren. Oft ignorieren Autofahrer den markierten Fußgängerüberweg Höhe Kriemhildstraße. Am 17. Februar 2023 wurde bei einem schweren Verkehrsunfall ein Kind auf dem Schulweg verletzt. Hier muss endlich gehandelt werden! Eine Bedarfsampel für Fußgänger würde die Sicherheit aller Kinder und Erwachsenen erhöhen. Alternativ käme auch die Einrichtung einer Tempo 30-Zone im Bereich des Fußgängerüberweges oder das Anbringen von Rüttelstreifen auf der Fahrbahn in Betracht,

schreibt Initiatorin Dana Damaschke auf Open Petition.

Die Fraktion der LINKEN in Bernau hatte nach einer öffentlichen Sitzung in der Schule an der Hasenheide bereits im August 2020 einen entsprechenden Antrag an die Stadtverordnetenversammlung gestellt, der einstimmig beschlossen wurde, erklärt Stadtverordnete Dagmar Enkelmann.

Wer die Petition unterschreiben möchte:

<https://www.openpetition.de/petition/online/bernaubei-berlin-sicherer-schulweg-ueber-die-boernicker-chaussee>



www.linksfraktion.de

Chef-Gehälter in Staatsfirmen deckeln!

Vorstandsgehälter:
Bahn: 900.000€
Bundesdruckerei: 863.009€
KfW-Bank: 687.600€
(Bundeskanzler: 360.000€)

Vorstände von Unternehmen oder von Anstalten in Besitz des Bundes werden besser bezahlt als Mitglieder der Bundesregierung. „Deutschen Bahn-Vorstandschef Lutz bekommt eine Million Euro pro Jahr (100% Bundesbesitz), der Chef des IT-Dienstleisters der Bundeswehr BWI eine halbe Million“, erklärt der Bundestagsabgeordnete der LINKEN, Jan Korte.

Die Fraktion der LINKEN im Bundestag fordert deshalb, die Gehälter für Chefs von Staatsunternehmen zu deckeln: Ihr Lohn sollte das Kanzlergehalt nicht übersteigen. *ig*